

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.9.1928 (No. 209)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. S. C. H. Seyfried

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Um die Rheinlandräumung

Verzögerungstaktik — Räumung und Reparationen M. Berlin, 7. Sept. (Priv.-Tel.) Die heutige Pariser Morgenpresse verzeichnet mit sichtlich erleichtertem Gesichtsausdruck die Tatsache, daß die Unterredung im großen Kreis der beteiligten Mächte, die für Samstag angelegt worden war, verschoben werden muß.

Zu diesem Thema ist zu sagen, daß in Genf augenblicklich ein Vorschlag des tschechoslowakischen Außenministers Benes als eine Rolle spielt, wonach man den Versuch machen soll, ohne Hilfe Amerikas möglichst einen Teil der deutschen Obligationen zu mobilisieren.

Deute nachmittag 4 Uhr wird der Reichskanzler in der Vollversammlung des Völkerbundes das Wort ergreifen und wahrscheinlich auch die Abrüstungsfrage streifen.

W.D. Genf, 7. Sept. (Tel.) Die nächste Unterredung, die in Erwiderung des Besuchs des Reichskanzlers Müller bei dem französischen Außenminister Briand zwischen den beiden Staatsmännern stattfinden wird, ist für heute nachmittag in Aussicht genommen.

Die Aussichten der Genfer Besprechungen

W.D. London, 7. Sept. „Times“ berichtet aus Genf, die erste wirkliche Fühlungnahme zwischen Minister Briand und dem Reichskanzler hat dort eine hoffnungsvollere Atmosphäre erzeugt, und das irdige Gerücht, daß der Kanzler im Begriff stehe, nach Berlin zurückzukehren, hat der Erwartung Platz gemacht, daß die Besprechungen zur Räumungsfrage wenigstens zur Entdeckung einer festen Verhandlungsgrundlage führen werden.

Als einen weiteren Gewinn des augenblicklichen Meinungsaustausches bezeichnet der Korrespondent die angebliche Erkenntnis, daß die Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem Rheinland sechs oder sieben Jahre vor der festgesetzten Zeit nicht erwogen werden könne, ohne einen entscheidenden Vorteil für die andere Seite — etwa in der Art einer finanziellen Vereinbarung, durch die die Daweszahlungen endgültig den Gläubigern Deutschlands sichergestellt werden.

Dem Korrespondenten zufolge wird endlich auf französischer Seite nicht mehr davon gesprochen, irgend welche politische Bedingungen an eine vorzeitige Rheinlandräumung zu knüpfen, er sagt, wenn der Gedanke je ernstlich erwogen wurde, Deutschland um eine erneute Verzichtleistung auf eine schließliche Vereinigung mit Österreich oder um ein Versprechen zu erfuchen, unter keinen Umständen eine Änderung seiner Ostgrenzen zu verlangen, so sei er jetzt aufgegeben worden.

Vier Touristen abgestürzt

W.D. Bern, 7. Sept. (Tel.) Bei einer Tour zum Hochfelsen sind gestern vier Verchtesgadener Touristen, Lehrer Leonhard, Gärtnermeister Gruffel und die Herren Hochreite und Hasenknopf beunruhigt. Bei der Überquerung des Blauweiskopfes verlor an einer steilen Stelle Hasenknopf den Halt und rief die drei anderen in die Tiefe.

Letzte Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg in Ostpreußen

Dr. Rosenberg (Ostpreußen), 7. Sept. (Priv.-Tel.) Reichspräsident von Hindenburg traf heute früh aus Berlin über Marienburg kommend hier ein. Der Reichspräsident wurde von seinem Gastgeber, dem Kammerherrn von Obenbun, in Marienburg begrüßt, der dem Reichspräsidenten die Behörden des Kreises vorstellte.

Amerika und das englisch-französische Flottenkompromiß

W.D. London, 7. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus New York: Nach der letzten hier veröffentlichten Meldung zur Frage des englisch-französischen Flottenabkommens ist Präsident Coolidge jetzt damit beschäftigt, eine Note zu entwerfen, die vom Staatsdepartement verhandelt werden soll und in der der angebotene britische Vorschlag, das englisch-französische Abkommen als Grundlage für weitere Abrüstungsverhandlungen zu benutzen, abgelehnt wird.

Lord Birkenhead Stellvertreter Lord Cusenduns

W.D. London, 7. Sept. (Tel.) „Daily Mail“ meldet: Lord Birkenhead wurde heute auf das persönliche Ersuchen des Premierministers hin die Geschäfte des Außenministeriums für etwa 3 Wochen während der Abwesenheit Lord Cusenduns in Genf übernehmen.

Die Brücke zwischen Frankreich und Spanien

W.D. San Sebastian, 7. Sept. (Tel.) Zu der Brücke zwischen Buztarrabia und Hendaye über die Mündung der Bidasoa wurde gestern vom König der Grundstein gelegt. Die Brücke, die Frankreich und Spanien verbinden wird, wird 460 Meter lang und 16 Meter breit sein.

Das albanische Kabinett

W.D. Tirana, 7. Sept. (Tel.) Der König hat durch Erlass das Kabinett wie folgt zusammengesetzt: Präsidentschaft und Inneres Goga Kotta, Auswärtiges Nias Brioni, Unterrichts Schäfer Ipi, Justiz Sigmund Deloima, Finanzen Mito Tutulami, Öffentliche Arbeiten Talib Wutschiterni, Landwirtschaft und Forsten Musa Jula.

Eine Rede Severings in Hamburg

Auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg sprach am Donnerstag Reichsinnenminister Severing. Minutenlangem Beifall erlöste, als Severing das Wort ergriff.

Ich werde immer bemüht bleiben, so begann er laut „Voss. Zig.“ seine Ausführungen, der kleine Metallarbeiter zu sein, der ich einst war. Das schließt davor, großwahnsinnig zu werden, auch wenn man einmal Minister geworden ist. So bleibe ich auch stets der Gewerkschafter, der ich von jeher war. Ich erkläre meine hauptfachliche Aufgabe darin, daß der Bau der Republik fest ist. Die Republik ist gesichert, aber ihre Verwaltung ist noch nicht gefestigt.

Ich bin nicht hierher gekommen, um Ihnen große Versprechungen zu machen, aber ich kann Ihnen doch schon einiges über meine künftige Politik im Reichsinnenministerium berichten. Eine Durchbrechung des Rechtes der Privilegierten auf Bildung soll durch eine Förderung der freien Volkshäuser und durch Unterstützungsbemühungen für die Erziehung von Kindern der Mindevermittelten erfolgen. Für diese Zwecke werden in den neuen Etat 1 1/2 Millionen Reichsmark mehr eingelegt werden.

Den Weg zum Einheitsstaat werden wir finden, wenn endlich eine Anzahl kleiner Leistungsschwacher Länder verschlungen ist. Wenn erst Gesetzgebung und Verwaltung von einer Stelle erfolgen, dann wird man auch an ein Reichskultusministerium, wie es hier gefordert worden ist, denken können.

Zielschiff „Baden“ gesunken

W.D. Kiel, 7. Sept. (Tel.) Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, ist das auf dem Stollberg und vor Anker liegende alte Zielschiff „Baden“ infolge Wasserbruchs versenkt. Es wird durch einen Kieler Funkenempfänger wieder gehoben werden.

Wirtschaftliche Umschau

Das erste Dawesnormaljahr — Die Gasfernversorgung

Mit dem 31. August sind die vier Übergangsjahre des Dawesplans abgelaufen, die uns zur Erholung zugestanden waren. Es haben nun die Normaljahre begonnen, in denen Deutschland — vorläufig noch auf unbestimmte Zeit — jährlich mindestens 2 1/2 Milliarden an Reparationsleistungen aufbringen soll. Der ganzen Welt ist es kein Geheimnis, daß wir die bisherigen Leistungen nur mit Hilfe der vom Ausland herbeigekommenen und hoch zu verzinsenden Anleihen aufbrachten und uns also für die Zukunft noch weiter verschuldeten. Sollen wir die Leistungen der Normaljahre bestreiten, so muß diese Entwicklung weitergehen, denn es ist, wie uns die Entwicklung der Handelsbilanz zeigt, noch auf lange Jahre hinaus so gut wie ausgeschlossen, daß die deutsche Export- und Zahlungsbilanz aktiv wird.

Eine solche Entwicklung mit einem solch gefährlichen Experiment absichtlich einzuleiten, kann sich allerdings keine verantwortliche Regierung leisten. Man kann die Sache auch anders herum ansehen. Bisher haben wir schon Auslandskredite in Höhe von rund 9 Milliarden aufgenommen, wovon schätzungsweise 4,7 Milliarden für Daweszahlungen daraufgingen. Bei weiterer Steigerung der Verschuldung muß der Zeitpunkt kommen, an dem uns das Ausland nicht mehr pumpt. Dieser Zeitpunkt läßt sich schließlich absehen und dadurch auch der Zeitpunkt, in dem eine Revision des Dawesplanes unvermeidlich ist. Die Folgen immer weiterer Verschuldung für unsere nationale Wirtschaft liegen klar. Vorerst hat man die Mittel, uns noch jahrelang, auch aus unserer Substanz, zahlen zu lassen, und wir und die Welt stehen heute vor der gleichen Frage wie zu Beginn des Entsetzens des Dawesplans, wie Deutschland letzten Endes „erfüllen“ soll.

Unsere europäischen Gläubiger sagen, daß die sog. interalliierten Schulden, d. h. vor allem ihre Schulden an Amerika, endgültig geregelt werden müßten, bevor eine Festlegung der deutschen Verpflichtungen erfolgen könne, daß aber vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen kein Weiterkommen hier möglich sei. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Jahresleistungen dieser Staaten, schon nach der vorläufigen Schuldenregelung auf 62 Jahre verteilt, viel niedriger sind als die Leistungen, die man uns zumutet, weil eben Amerika sich der mühseligen Erwägung nicht verschloß, das zu nehmen, was es bekommen konnte. Frankreich wird nach den Höchstleistungen, die man ihm bisher zugemutet hat, höchstens eine halbe Milliarde im Jahr an Amerika und England abzahlen. Noch geringer ist der Schuldendienst Englands, da ja die Zahlungen, die es von Frankreich erhält, abzuziehen sind. Erheblich höher sind allerdings die vorerst noch aufrechterhaltenen interalliierten Schuldverpflichtungen im ganzen, sie sind für England und Frankreich auf je 44 Milliarden und für Italien auf 15 Milliarden gegenüber Amerika angenommen. Es ist mühselig, heute daraus die Höhe der deutschen Verpflichtungen errechnen zu wollen, zumal es sich bei der Höhe der interalliierten Schulden noch nicht um eine Endfestlegung handelt.

Für uns aber ist die höchst schwierige Lage die, daß mit der weiteren Tributzahlung, wie gesagt, weitere Verschuldung an das Ausland herbeigerufen wird, der Kapitalmangel und die Kreditverknappung nicht aufhören können. Namentlich Produktionszweige, die an und für sich schlecht dastehen, können die hohen Zinsen nicht herauswirtschaften, und dies ist auch einer der Hauptgründe für die Notlage der Landwirtschaft, die bei so teurem Reiskapital einfach nicht imstande ist, sich weiter zu intensivieren. Unsere Situation ist derart, daß uns die Festlegung einer Endsumme der Reparation nur dann helfen könnte, wenn eine außerordentliche Verringerung im Vergleich zu den bisherigen Ansprüchen unserer Gegenpartne einträte, die im wesentlichen auch heute noch den Stand-

punkt vertreten, daß Deutschland der Alleinschuldige am Krieg sei und deshalb alles zu bezahlen habe. Man kann die Zeit zu einer Endregelung nicht für reif halten, und deshalb ist denen zuzustimmen, die vor neuen Verhandlungen und Bindungen warnen, solange nicht die erforderlichen politischen Voraussetzungen hierfür vorhanden sind.

Die Gasfernversorgung ist seit zwei Jahren, seit der von den Ruhrzweigen ausgehenden Gründung der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung, aus der die heutige „Ruhrgas-A.G.“ Essen hervorgegangen ist, Gegenstand sehr umfangreicher Erörterungen. Die Ruhr, die jetzt bereits Gasfernleitungen in die näher gelegenen Gebiete besitzt, will, wie sie erklärt, vor allem um der Auslandskohle entgegenzutreten, ein möglichst umfangreiches Ferngasvernetzungsnetz errichten, da dadurch die Verwendung ausländischer Kohle in den kommunalen Gasanstalten natürlich verringert würde. Dazu kommt, daß es auch sehr große Verwendungsmöglichkeiten des Gases für Industriewerke gibt, wodurch gleichfalls die Verwendung von Auslandskohle eingeschränkt werden kann. Man will außerdem die wertvollen, bisher zum großen Teil zu Heizzwecken benutzten Hochfengase so besser ausnützen und für diese Heizzwecke genügende, billigere Gase aus Abfallkohle erzeugen. Die Ruhrgas-A.G. plante schon von vornherein, ihr Rohrnetz im Süden bis Karlsruhe auszudehnen.

Die Ferngasversorgung ist nun im weiteren Verlauf zu einem sehr umfangreichen und ebenso verwinkelten Fragenkomplex geworden, bei dem immer neue Probleme aufgetreten sind. Bald nach Bekanntwerden der Ruhrgaspläne zeigte sich in den Städten Gegnerschaft. Sie fürchteten ein Preis- und Versorgungsmonopol, stellten Berechnungen auf, daß modern eingerichtete Gasanstalten ebenso billig liefern könnten wie die Ruhrzweigen, daß die Wasserertrachtung der Kohle vorerst billiger sei als die Fortleitung des Gases in den teuren Rohrfernleitungen, und befürworteten statt der zentralen Gasversorgung vom Ruhrgebiet her Gruppengasversorgungen über größere Gebiete, die durch Zusammenarbeit der Gemeinden einzurichten seien. Als einer der ersten in dieser Richtung gehenden Schritte ist das Zusammengehen der Städte Frankfurt a. M. und Köln in Erinnerung. Diese beiden Städte erwarben noch unaufgeschlossene Kohlenfelder im linksrheinischen Rheinland, was auch von nicht interessierter Seite als ein über die kommunalen Aufgaben hinausgehender und für die Kommunalfinanzen bedenklicher Schritt bezeichnet wurde. Im Ruhrgebiet empfand man es besonders, daß das verhältnismäßig nahegelegene Köln, auf dessen Belieferung man in erster Linie gerechnet hatte, sich widersetze. Heute gehen die Pläne Kölns und Frankfurts dahin, im Verein mit der Deutscher Gasgesellschaft durch die in deren Besitz befindliche Zeche Westfalen im Kölner Hafen eine moderne Großfokerei einzurichten, welche die Städte zu denselben Preisen beliefern soll, wie sie das Ruhrangebot enthält. An die Ausschließung der erworbenen Kohlenfelder kann man wegen der großen Kosten freilich nicht denken. Ruhrgas will man nur zusätzlich beziehen.

In Süddeutschland hat Frankfurt durch seine Gasgesellschaft den bekannten Interessengemeinschaftsvertrag mit der Stadt Mannheim abgeschlossen und die „Süddeutsche Gas-A.G.“ gegründet, wobei man auch die Erweiterung durch die Stadt Karlsruhe anstrebte und weiter anstrebt. An dem Plan der Schaffung einer süddeutschen Gasgesellschaft, die Hessen, Baden, Württemberg und die Pfalz umfassen soll, wird anscheinend weiter festgehalten, trotzdem sich Widerstände in Hessen, Baden und namentlich in Württemberg ergaben, das den systematischen Ausbau einer eigenen Gruppengasversorgung ins Auge gefaßt hat.

Nun hat sich aber auch das Saargebiet gemeldet, mit dessen Rückkehr zu Deutschland 1935 zu rechnen ist. Es liegt uns als Kohlengebiet am nächsten, hatte bis zum Vertrag von Versailles sein natürliches Absatzgebiet in Süddeutschland und hätte auch viel kürzere Rohrleitungen hierher als etwa das Ruhrgebiet. Man befürchtet im Saargebiet, durch die Ruhrgas-A.G., nachdem ja bisher schon die Ruhr die Stelle der Saar in der Kohlenversorgung in weitem Umfang übernommen hat, ausgeschlossen zu werden, und hat deshalb Fühlung mit der Frankfurter-Mannheimer Süddeutschen Gas-A.G. genommen. Die Ruhrgas-A.G. will dem Saargebiet nur Einfluß auf den Regierungsbezirk Trier und die Rheinpfalz zugestehen, mit dem Hinweis, daß die Saarhütten gar nicht mehr Gas produzieren könnten. Die Ruhr ist somit entschlossen, ihre Ziele in Süddeutschland nicht aufzugeben. Versuche des preussischen Handelsministeriums, eine Einigung zwischen Ruhr und Saar sowie auch mit der „Süddeutschen Gas-A.G.“ zustandzubringen, waren bisher nicht von Erfolg. Es sind somit alle Dinge noch im Fluss. Anscheinend besteht aber weiter das Bestreben, im Einvernehmen mit der Saar, wo bereits eine Saargasversorgungs-A.G. gegründet wurde, für Süddeutschland ein eigenes Großgruppenversorgungsgebiet zu bilden, das sich schließlich auch mit der Ruhr einigen könnte.

In der schweizerischen Uhrenindustrie ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen. In Le Locle, dem Zentrum der Uhrenindustrie, haben die Goldschalenmacher beschlossen, die Kollektivbindung einzuziehen. Sie verlangen einen Kollektivarbeitsvertrag und 6 Tage bezahlte Ferien.

Die Völkerverbundstagung

Die Wiederwählbarkeit Spaniens

Zunächst begann heute in der Völkerverbundstagung die Beratung des vom Präsidium auf Veranlassung Deutschlands, Englands und Frankreich gestellten Antrages, der belanlich bezweckt, Spanien im Falle seiner Wahl in den Rat als Nichtständiges Mitglied auch gleichzeitig durch einen weiteren Wahlakt ausnahmsweise sofort auch das Präsidium der Wiederwählbarkeit zuzuerkennen. Ein solcher Beschluß bedeutet das schon zu Beginn des dreijährigen Mandates ausgesprochene Privileg, nach seinem Ablauf sofort für ein weiteres dreijähriges Mandat kandidieren zu können, während sonst bis zur Aufstellung einer neuen Kandidatur im Interesse des Turnus drei Jahre gewartet werden muß.

Zu dem vom Präsidium eingebrachten Antrag nahmen drei Redner das Wort. Der frühere schwedische Außenminister Anden erklärte, daß er die Auffassung des Präsidiums nicht teilen könne. Er verlangte Überweisung an den Ausschuß. Gemäß den Anweisungen seiner Regierung könne er daher dem Antrag nicht zustimmen. — Der norwegische Ministerpräsident Nowinkel schloß sich dieser Erklärung an. Die Haltung der norwegischen Delegation sei lediglich von grundsätzlichen Erwägungen diktiert. Ein Abweichen von den ordnungsmäßigen Bestimmungen für die Wahlen könne für die Zukunft zu großen Gefahren für die Stabilität der Institution des Völkerbundes führen.

Nachdem das chilenische Mitglied Villegas den Antrag des Präsidiums verteidigt hatte, indem er der Meinung Ausdruck gab, daß die politischen Erwägungen von 1926 auch heute gelten müßten und daß es sich lediglich um einen Ausnahmefall handele, ließ Präsident Zebalú zur Abstimmung sprechen. Der Antrag wurde mit 44 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Norwegen, Schweden, Holland und Persien. Südafrika enthielt sich der Stimme. Aus diesem Ergebnis läßt sich noch kein bindender Schluß für die Abstimmung über die Wiederwählbarkeit selbst ziehen.

Norwegische Kritik am Völkerbund

Das Ereignis der Vormittagsitzung der Völkerverbundstagung am Donnerstag war eine Rede des norwegischen Ministerpräsidenten Nowinkel, in der er u. a. seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Rates ausdrückte, den Mangel an Unparteilichkeit geißelte und vom Rat statt der vielen provisorischen Lösungen mehr definitive verlangte. Grundsätzlich sprach er sich gegen die Herabsetzung der jährlichen Ratssitzungen von vier auf drei und gegen die Wiederwählbarkeit aus, da es im Interesse aller Länder liege, daß die jährliche turnusmäßige Erneuerung eines Teiles des Rates ohne Einschränkung eingehalten werde. Der Völkerbund müsse über den Parteien stehen und solle zur Wahrung dieses Grundgesetzes den ständigen internationalen Gerichtshof in Haag häufiger heranziehen als bisher. Die Atmosphäre des Friedens, von deren Gestaltung er im zweiten Teile seiner Rede sprach, sei nicht so, wie man sie wünschen müsse. Unter schärfsten Augen gegen die militärischen Tendenzen schiderte Nowinkel eindringlich das Zerstückeln des durch die Flugzeuge, U-Boote und die dazu gehörigen modernen Kriegsmittel in kürzester Zeit verheerend über die Menschheit hereinbrechen könnte. Auf sozialem, humanitären und wirtschaftlichem Gebiet wurden in den letzten Jahren Fortschritte erzielt, nicht aber auf politischem Gebiet.

Der belgische Außenminister Snymans wies auf die Fortschritte hin, die in der Zusammenarbeit der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkennen seien. Nach belgischer Auffassung sei das Vertrauen und das Gefühl der Sicherheit für die Verwirklichung der Abrüstung wesentlich, die im übrigen eine Funktion der Sicherheitsfrage sei.

Der polnisch-litauische Streit

Der Völkerverbundrat war Donnerstag nachmittag zu der angeordneten Sitzung über den polnisch-litauischen Streitfall zusammengetreten. Der Bericht des holländischen Außenministers De laet van Blootland gibt der Enttäuschung Ausdruck, daß die Verhandlungen bisher so gut wie keine Ergebnisse gezeigt haben und fordert die beiden Parteien auf, seine Darlegungen zu ergänzen, vor allem in bezug auf die Aussichten, die die weiteren Verhandlungen bieten. Der polnische Außenminister Jaksfi bestränkte sich auf die Versicherung, daß von polnischer Seite alles getan worden sei, um sich der Dezentralisierung des Völkerbundes anzupassen. Der litauische Ministerpräsident Woldeparas nahm dagegen die Gelegenheit wahr, um den Rat ein längeres Exposé über den Streitfall zu geben. Zwei Begebe es, um den polnisch-litauischen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Der eine führe zur Gesamtregelung aller Streitfälle und der andere zur Vereinbarung eines Modus vivendi, der die Gesamtregelung der Zukunft überlasse.

Amerika und der Völkerbund

Der britische Vorkämpfer für die Vereinigten Staaten in London, Sir S. Howard, hielt in Carlisle auf einer Versammlung der englischen Völkerverbundliga eine Rede, in der er ausführte: Die Vereinigten Staaten sind noch ebensowenig davon entfernt, Mitglied des Völkerbundes zu werden, wie sie es im Jahre 1920 waren, und dies wird auf alle Fälle so bleiben, bis die Zustände in der Welt ganz anders geworden sind als sie heute sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird weiterhin gerne mit dem Völkerbunde zusammenarbeiten, so oft Fragen aufgeworfen werden, an denen sie irgendein Interesse hat. Von europäischen Verwicklungen aber werden sich die Vereinigten Staaten auch in Zukunft fernhalten und ihre Unterschrift unter den Pakt betreffend Verzicht auf den Krieg als ein Werkzeug der nationalen Politik bedeutet in keiner Weise, daß sie irgendwie die Absicht hätten, ihre traditionelle Politik gegenüber europäischen Angelegenheiten zu ändern.

Rumänien will opponieren

W.D. Genf, 7. Sept. (Tel.) Das „Journal de Genève“ verzeichnet die seit gestern in Genf umlaufenden Gerüchte, daß Rumänien im Falle der Wiederaufnahme der Diskussion des ungarisch-rumänischen Östententrisches sich vom Rat zurückziehen würde. Der rumänischen Regierung sei aber von verschiedenen ihr befreundeten Ländern nahegelegt worden, auf eine solche Maßnahme zu verzichten, die ihrer Sache eher schaden als nützen könne.

Leutnant Raphael von Strafe befreit. Der aus dem Fehmordprozess bekannte Leutnant Raphael, der kürzlich auf dem Transport vom Zuchthaus in Sonnenburg nach dem Tegeler Gefängnis geflohen war, wie die „B.Z.“ berichtet, durch einen gestern ergangenen Beschluß des Amtsgerichts Landsberg a. d. W. von jeder Strafe befreit worden.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 5. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh. 11/4 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7666 pence.

Die Tagung des Reichsstädtebundes in Heidelberg

In der Stadthalle zu Heidelberg begann am Donnerstag die diesjährige Tagung des Reichsstädtebundes unter Teilnahme von etwa 1500 Städtevertretern und Gästen. Für den Gesamtvorstand begrüßte Oberbürgermeister Dr. Belian, Eilenburg, die Erschienenen, besonders die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, die Parteivertreter und die Presse.

Er verwies auf die ernste Lage der mittleren und kleinen Städte und forderte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung, einen gerechten Finanzausgleich und Finanzhoheit. Der Reichsstädtebund müsse gegen die neuerdings eingeführte weitgehende Erweiterung der Finanzhoheit der Gemeinden als gegen eine Arbeitsbelastung protestieren. Nötig sei eine geschlossene Haltung aller Städtevertreter in allen angelegenen Fragen. Im Anschluß teilte Oberbürgermeister Dr. Belian die Abfassung zweier Begrüßungsprogramme, an den Reichspräsidenten von Hindenburg und an den Reichsfinanzminister, mit. In letzterem wird gebeten, den Finanzausgleich so zu regeln, daß allen Städten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unentbehrlichen Mittel sichergestellt werden. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat Minister Ebering mitteilen lassen, daß er leider an der Tagung nicht teilnehmen und zu den ihn angehenden Verhandlungspunkten nicht Stellung nehmen könne, da er über alle Wünsche erst Klar sehen müsse und dann dazu sprechen könne. Minister Geesink hat mitteilen lassen, ebenfalls nicht teilnehmen zu können und in seiner Mitteilung u. a. bemerkt: „Ich kann kein Best daraus machen, daß ich für die Landkreise in verschiedenen Richtungen eine Konzentrierung und Stärkung für notwendig halte.“ (Hört! Hört!)

Realdirektor Dr. Jordan vom Reichsfinanzministerium brachte zugleich namens der Ehrengäste den Dank der Einladung zum Ausdruck und erklärte neben der Bedeutung der Großstädte auch die hohe Bedeutung der kleinen und mittleren Städte für das Wirtschaftsleben Deutschlands an und ihr gutes Recht, lebensfähig zu bleiben. Naturgemäß interessierte das Reichsfinanzministerium die Gestaltung des Finanzausgleichs. Wenn auch seit 1918 ein großer Fortschritt zu verzeichnen sei, so gebe doch das Reich in finanzieller Hinsicht in das schwerste Jahr, das es bisher gehabt habe. Hierzu komme, daß wir außenpolitisch vor allerhand Entwicklungsmöglichkeiten ständen, so daß man heute keineswegs von einer endgültigen Gestaltung der Dinge in der ganzen Finanzangelegenheit sprechen könne.

Bei einer Vorrede zur Geschäftsordnung empfahl ein Vertreter der kommunalistischen Fraktion des Reichsstädtebundes unter Widerspruch eine Entschließung, in der unter Hinweis auf die Notlage der Sozialrentenempfänger und Erwerbslosen, die zunehmende Wohnungsnot, ungenügende Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge usw. gegen die Herabgabe von 90 Millionen Reichsmark für den Neubau eines Panzerkreuzers protestiert und die Verhinderung dieser Ausgabe durch Volksentscheid verlangt werde.

Dann ergriff zu dem ersten Verhandlungsthema „Die Ziele der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden“ als Berichterstatter Reichsminister a. D. Dr. Kütz das Wort.

Die heutige Struktur des deutschen Reiches entspricht nicht mehr den Anforderungen der Zukunft. Die territoriale Gliederung des Reiches, sowie die Aufgaben und Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bedürfen einer vollkommen neuen, klaren, organischen Regelung. In dem neuen deutschen Reich ist kein Raum mehr für Länder, deren Eigenstaatlichkeit nur beruht auf dynastischer Tradition und nicht auf innerer staatlicher Lebenskraft. Eine territoriale Konsolidierung im Länderbestande Deutschlands muß Hand in Hand gehen mit einer starken Zusammenfassung von Regierung und Gesetzgebung beim Reich, jedoch ist eine zentralistische Reichsbürokratie abzulehnen. Es ist vielmehr in allen regionalen, lokalen und ausführungsmäßigen Angelegenheiten Dezentralisierung und Stärkung der Selbstverwaltung zu erstreben. Den Selbstverwaltungsorganen ist in dem Gesamtorganismus des deutschen Volkes wieder der richtige Platz anzuweisen. Großstädte, Mittel- und Kleinstädte und Ländergemeinden erfüllen innerhalb des Gesamtorganismus des deutschen Gemeinheitslebens, Aufgaben zwar von verschiedener Art, aber doch gleich wesentlichem Wert, deswegen vertritt das Gesamtvolk keine einseitige Bevorzugung einer dieser Gattungen. Die Voraussetzung jeder Verwaltungsreform ist Rationalisierung der Gesetzgebung nach Form und Inhalt, Verlegung der Verwaltung grundtätig in die unterste Instanz, soweit es irgend möglich ist, Beseitigung eines jeden Dualismus zwischen Reich, Ländern und Kommunalinstanzen, die Zusammenfassung aller Spezialverwaltungsfunktionen bei den mittleren Behörden.

Als Mitherrichter sprach Oberbürgermeister Menner (Mantau). Er betonte, daß Verfassungs- und Verwaltungsreform zwar sachlich eng verbunden seien, jedoch begrifflich nicht zusammengehören, so daß die Durchführung der Verwaltungsreform auch ohne gleichzeitige Durchführung der Verfassungsreform möglich sei. Die Verwaltungsreform muß in allen Ländern von dem staatspolitischen Gesichtspunkt geleitet sein, daß der Aufbau der Verwaltungsbezirke und Verwaltungsorgane regional wie bezüglich des materiellen Wirkungsbereiches gegenseitig unklar angelegelt werden muß. Sowohl der Gesichtspunkt der Sparbarkeit wie derjenige der verwaltungswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit erfordert einen systematischen klaren Aufbau unter Vereinfachung des Zustanzes und Beseitigung aller sich überkreuzenden Zuständigkeiten. Die Verwaltungsreform hat im weiteren Ausbau der Selbstverwaltung die ortsgebundenen Verwaltungsaufgaben, soweit sie von der örtlichen Volksgemeinschaft (Gebietskörperschaft) im Rahmen des übergeordneten Staatswesens erledigt werden können, der kommunalen Selbstverwaltung zu überlassen und zuzuweisen. Dabei muß grundsätzlich die einzelne Gemeinde im Geiste der großen Reform des Freiherrn vom Stein Träger der Selbstverwaltung bleiben, während höhere oder überörtliche Kommunalverbände nur zur Ergänzung der örtlichen Selbstverwaltung in Betracht kommen können für kommunale Selbstverwaltungsaufgaben, welche die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden übersteigen und nicht im Wege des Zweckverbandes gelöst werden können. Ein Abweichen von diesem Grundsatze würde einen verhängnisvollen Rückschritt bedeuten und das Reformwerk des Freiherrn vom Stein seines geistigen Erbtes berauben: Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hat durch Wiederherstellung der Steuerhoheit der Gemeinden die finanzielle Grundlage für eine lebensfähige kräftige Selbstverwaltung zu schaffen (lebhafter Beifall).

Zu dem zweiten Verhandlungsthema,

dem Umgemeindungsproblem, betonte der Berichterstatter Professor Dr. Hoffmann, Münster, daß außerhalb der großen Industriegebiete eine Änderung der bisher angewandten Grundsätze für Umgemeindungen nicht erforderlich sei. Wo Großstädte über mittlere

Städte aus einem gesunden Wachstum heraus eine Erweiterung ihrer Stadtgrenzen erstreben, werde diese erfolgen müssen. Es solle dabei aber das Maß des unbedingt notwendigen auch mit Rücksicht auf die Leistungskraft der Städte selbst nicht überschritten werden. Bei dem preussischen Einheitsgesetz der letzten Jahre sei in zu einseitiger Weise Rücksicht auf die rein wirtschaftlichen Verhältnisse genommen worden. Dieses Vorgehen sei äußerst bedenklich. Eine kommunale Gliederung des Industriegebietes dürfe nicht nach den gegenwärtigen Bedürfnissen der Industrie gestaltet werden. Das steigende Misstrauen gegen die Übertragung industrieller Nationalisierung auf die kommunalen Preise werde noch größer, wenn man die Formen betrachte, die für die künftigen kommunalen Bezirke gedacht seien. Schon heute könne man sagen, daß die dort entstandenen neuen Großstädte den Charakter von Gemeinden, in denen sich der einzelne als lebendiges Glied fühle, nicht haben können.

Weitere und dauernde Zurückdrängung der Selbstverwaltung zerstöre die staatsbürgerlichen Instinkte. Pflicht und Sorge des Staates müsse es sein, dort, wo noch ein Gemeinleben blühe, schützend die Hand darüber zu halten. Die Verhältnisse in den Klein- und Mittelstädten hätten sich durchaus günstig entwickelt. Sie würden berufen sein, ein notwendiges Gegengewicht gegen die Großstädte zu bilden, mißliebig aber von dem Ehrgeiz freihalten, es den Großstädten gleichzutun zu wollen. Vielmehr sollten sie bestrebt sein, sich durch ständige Zusammenarbeit in der Verteilung ihrer Aufgaben und damit ihrer Lasten zu einigen. Wenn es neuerdings heiße, daß die preussische Staatsregierung das große Reineinreden im Rheinland-Westfalen bis zum nächsten April durchführen oder sonst überhaupt darauf verzichten wolle, so sage man: Dann lieber überhaupt nicht! Darauf trat eine kurze Mittagspause ein.

Das dritte Hauptverhandlungsthema lautet: Steuervereinfachung und endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden.

Der erste Vortragende zu diesem Thema, Ministerialdirektor Dr. Vogt vom preussischen Finanzministerium, betonte sich zunächst als Freund der Steuervereinfachung, die sowohl im Interesse der Verwaltungsvereinfachung für Steuerbehörden wie Steuerpflichtige, als auch im Interesse der Vergleichbarkeit und Klarheit der Steuerbelastung in den einzelnen Ländern und Gemeinden zu begründen sei. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß der zur Zeit dem Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf einen entscheidenden Eingriff in die Finanzhoheit der Länder bedeute und in dieser Form verfassungswidrig sei. Voraussetzung müsse sein, daß die Steuervereinfachung den Ländern und Gemeinden, die mit Rücksicht auf ihre sehr verschiedene wirtschaftliche Struktur nötige Bewegungsfreiheit zur selbstverantwortlichen Durchführung der ihnen obliegenden wichtigen Aufgaben belfasse. Das gelte vor allem für das Verhältnis der Anspannung der beiden Realsteuerarten (Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer) und ihre einzelnen Bemessungsgrundlagen. Das in dem Entwurf vorgesehene Anführungsrecht der Wirtschaftsverwaltungen zu den Umlagebeschlüssen der Gemeinden habe sich in Preußen im allgemeinen bewährt; es dürfe aber nicht zu einem Einspruchsrecht ausgebaut werden. Die Gebäudeverschuldungssteuer (Hauszinssteuer), deren Berechtigung stark angezweifelt werde, könne angesichts der allgemeinen Finanznot, da sie mit einem Ertrage von schätzungsweise 1800 Millionen die zweite Rangordnung hinter der Einkommensteuer einnehme, noch auf längere Zeit weber für den allgemeinen Finanzbedarf noch für die Finanzierung des Wohnungsbaues entbehrt werden. Entsprechend dem Gedanken einer Amortisation des Inflationsgewinnes des Hauseigentümers sei aber ein allmählicher Abbau vorzuziehen.

Zum Thema Finanzausgleich stellte Dr. Vogt die Forderung in den Vordergrund, daß an Stelle der Unsicherheit und Systemlosigkeit der bisherigen Provisorien alsbald eine organisch aufgebaute Regelung treten müsse. Ein zahlenmäßig endgültiger Finanzausgleich werde allerdings erst nach abschließender Regelung unserer außenpolitischen Verpflichtungen und Stabilisierung unserer Wirtschaft möglich sein. Ziel des kommenden Finanzausgleichs müsse es sein, die finanziellen Lebensnotwendigkeiten der öffentlichen Körperschaften — Reich, Länder und Gemeinden — mit der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Die Gesamtsteuerlasten in Deutschland seien gegenüber der Vorkriegszeit auf etwa das Dreifache gestiegen, was außer auf die Veränderung des Geldwertes und die Zunahme der Bevölkerung in der Hauptsache auf die äußeren und inneren Kriegslasten zurückzuführen sei.

Steuerentlastungen — namentlich bei den Realsteuern — seien im Interesse der Hebung der Produktivität unserer zweifellos vielerorts überlasteten Wirtschaft mit allem Nachdruck anzustreben. Eine Senkung der Steuerlasten sei aber nur möglich durch Abbau von Aufgaben; erste Voraussetzung dieses Abbaues sei eine Verfassung und Verwaltungsreform, die eine organische Verteilung der Aufgaben der einzelnen Gebietskörperschaften herbeiführe. Voraussetzung einer wirkungsvollen Ausgestaltung dieses Aufgabensystems und Senkung der Realsteuern sei, daß das Reich sich in der Anspruchnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuer Zurückhaltung auferlege und den Gemeinden genügenden Spielraum lasse. Erst müsse das Reich nötigenfalls in einem Ausbau der Getränkesteuern, die durchaus noch eine stärkere Ausdehnung vertrügen, und in England beispielsweise viermal so hoch seien, oder in einer mäßigen Erhöhung des Umsatzsteuerfußes finden.

Als letzter Referent nahm dann der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Gaebel, das Wort. Er besprach zunächst die Frage des Finanzausgleichs und betonte, daß die wirtschaftliche Vernunft und die Lebensinteressen der öffentlichen Gebietskörperschaften baldigste Herstellung einer Stabilität in der öffentlichen Finanzwirtschaft auf Grund eines endgültigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden forderten. In jedem Falle bedürfe der gegenwärtige Finanzausgleich einer sofortigen Verbesserung. Die offiziellen Zahlen der Reichsfinanzstatistik für 1913 und 1925, so erklärte der Redner weiter, erbringen den Beweis, daß die gegen die Gemeinden vielfach erhobenen Vorwürfe einer übermäßigen Ausgabenwirtschaft unberechtigt sind. Die starke Überspannung der Gewerbesteuer ist nichts weiter als eine Zwangsfolge der unzulänglichen Beteiligung der Gemeinden an den vom Reich zentralisierten und zum Teil erheblich gesenkten Steuern (Umsatzsteuer) und einer Einschränkung der Gemeindebesteuerung (Getränkesteuer, Grunderwerbsteuer), während sich die Pflichtaufgaben der Gemeinden in den letzten Jahren ständig gesteigert haben. Ein wesentlicher Ausgabenabbau ist nicht möglich, solange die gemeindlichen Pflichtaufgaben 92 bis 94 v. H. der Gemeindeausgaben in Anspruch nehmen. Ein freiwilliger Ausgabenabbau ist bei den Gemeinden zur Zeit nur innerhalb der Grenze ihrer Selbstverantwortlichkeit, d. h. innerhalb des spärlichen Restes von 6 bis 8 v. H. der Gemeindebetriebs, durchführbar.

Als Grundzüge für einen endgültigen Finanzausgleich hat eine am 1. April 1929 notwendige Änderung des bestehenden Finanzausgleichsgesetzes sind zu beachten: Der Finanzausgleich hat nicht nur den Ausgleich des Reichsanteils, sondern auch zugleich den Ausgleich der Haushaltspläne der Länder und Gemeinden sicherzustellen; denn auch diese stellen in ihrer Gesamtheit das Ganze dar. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen müssen neben den äußeren Kriegslasten des Reiches auch die überwiegend den Gemeinden zur Last fallenden inneren Kriegslasten in ihrem ganzen Umfang gewürdigt werden. Die notwendige Milderung der gemeindlichen Finanznot erfordert Einführung eines Anteilbestimmungsrechtes der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer als Hilfsmittel, wobei jedoch bemerkt wird, daß dadurch nicht bei allen Gemeinden eine Sanierung der Gemeindefinanzen erreicht werden kann; mäßige Herabsetzung des Reichsanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (von 25 auf mindestens 20 v. H.); mäßige Herabsetzung des Landesanteils an Länderanteil der Einkommen der Körperschaftsteuer (in Preußen von 50 auf 45 v. H.), eventuell unter Ausbarmachung der durch übermäßige Senkung der Umsatzsteuer in dieser aufgeschobenen Steuerreserve; Ausgestaltung der gemeindlichen Getränkesteuer; weitgehenden interkommunalen Einnahmeausgleich zugunsten der leistungsschwachen Gemeinden aus Mitteln der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer und ausreichenden Lastenausgleich auf den Gebieten der Polizei und des Schulwesens, insbesondere des mittleren und höheren Schulwesens.

Zum Steuervereinfachungsgesetz legte Dr. Gaebel seinem Referat folgende Leitfäden zugrunde: Gegen eine reichsrechtliche einheitliche Regelung der Realsteuern und Gebäudeverschuldungssteuer sind grundsätzliche Bedenken nicht zu erheben, wenn den Gemeinden ein ausreichender Spielraum für eine zweckmäßige, den verschiedenen örtlichen Verhältnissen angepaßte Ausgestaltung der Realsteuern verbleibt. Das Gesetz darf nicht die Tendenz einer schematischen Senkung der Realsteuern verfolgen. Die Realsteuern dürfen nicht die Merkmale einer Objektsteuer verlieren. Die Verpflichtung der Gemeinden zur Einholung einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung der beschlossenen Sumberteile der Realsteuern muß so normiert werden, daß dadurch nicht die Regelfälle, sondern nur Ausnahmen betroffen werden.

Als letzter Redner des Nachmittags sprach zu dem gleichen Thema Reichstagsabgeordneter Dr. Brüning, der zu den Ausführungen der Vorredner ergänzende Bemerkungen machte und zugleich die Schwierigkeiten hervorhob, die im Reichsrat bei der Lösung dieser Fragen entstehen würden. Auf die Einkommensteuer zum Beispiel könne das Reich selbstverständlich nicht verzichten, da dies das soziale Gleichgewicht erschüttern würde. Eine baldige Erfüllung der Forderung des Aufgabensrechtes der Gemeinden auf die Einkommensteuer sei nach seiner Ansicht politisch nicht denkbar. Eine endgültige Entlastung der Gemeinden werde sich nur dann durchführen lassen, wenn die Verpflichtungen aus dem Dawesvertrag endgültig geregelt wären.

Darauf verlagte sich die Versammlung auf Freitag nachmittag. Inzwischen finden Gruppenitzungen der Parteien zur Durchberatung der Vorträge statt. Am Abend veranstaltete die Stadt Heidelberg für die Gäste eine Schloßbeleuchtung.

Der Plenarversammlung am Donnerstag war am Mittwoch eine Sitzung des Gesamtvorstandes

vorgeschrieben, die sich vornehmlich mit allgemeinen Fragen der Verwaltungsreform befaßte. Abereinstimmung herrschte darüber, daß die sog. Kompetenz-Kompetenz der preussischen Landkreise abzulehnen und zu ersetzen sei durch die Erhaltung und Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung. Die Kompetenz-Kompetenz schließt ein Selbstbestimmungsrecht der Landkreise über die Abgrenzung ihrer eigenen Zuständigkeiten ein.

An die Gesamtvorstandssitzung schloß sich eine fünfteilige Sitzung des Hauptausschusses. Im Rahmen dieser Sitzung traten mehr als 100 Vertreter von Reichsbahngemeinden zu einer Beratung über die seit mehr als drei Jahren ausstehende Durchführung des Reichsbahngemeindengesetzes zusammen. Nach dem Gesetz steht den Gemeinden ein Anspruch auf Verwaltungskostenzuschüsse seitens der Reichsbetriebe, insbesondere der Reichsbahn, zu. Nach eingehender Aussprache wurde ein energisches Vorgehen des Reichsbahnbundes bei den zuständigen Stellen Berlins gefordert, damit endlich die Gemeinden in den Besitz der ihnen zustehenden Beträge gelangen.

Aus der Landeshauptstadt

Meingarten-Ausstellung. Die Ausstellung hatte am Mittwoch einen großen Tag. Die angelegte Kinderbelustigung hat viele Besucher angezogen. Der Film „Land in Sonne“ stellt zum Teil in erster, zum Teil in humoristischer Weise dem Glanz der Großstadt die Freude im Meingarten gegenüber. Der Film ist lehrreich und belustigend, insbesondere für die Kinderwelt. — Heute Freitag wird auch der sehntausendste Besucher passieren, der von der Ausstellungsleitung mit einer wertvollen Ehrengabe beschenkt werden wird.

Badisches Landesballett. Es sei nochmals auf die am Sonntag, den 9. September, stattfindende Aufführung der Oper „Armida“ von Gluck hingewiesen. Gerade diese Oper gibt dem Regisseur und dem Bühnenbildner Gelegenheit, durch Ausstattung, Massenbewegung und Balletts Wirkungsvoll zu arbeiten. — Der große Erfolg, den die Offenbachsche Oper „Hoffmanns Erzählungen“ immer wieder zu verzeichnen hat, hat die Generaldirektion des Badischen Landesballetts veranlaßt, in diesem Jahre eine Neueinstudierung dieses Wertes vorzunehmen und es dem Spielplan einzufügen. Von der „Armida“ zu den „Erzählungen Hoffmanns“ vom romantischen Klassizismus zur fantastischen Oper, ein klarer Kurs. Damit liegen auch die Richtlinien für den Stil der Inszenierung fest. Bühnenbild und Darstellung haben ihr fantastisches, Oberflächliches Otto Kraus wird diese Oper unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz für den 15. September in Szene setzen.

Wetternachrichtenbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der letzte Ausläufer des inzwischen nach Nordosten abgezogenen Nordwestwinds zog heute nacht über uns hinweg und brachte strahlend heiteren Regenfall. Mit dem rasch nachrückenden Hochdruckgebiet, dessen Kern bereits über Deutschland liegt, ist heute vormittag wieder Aufheiterung eingetreten. Nur die süblichen Landesteile haben heute früh Bewölkung, die mit dem letzten abwanernden Teilwirbel zusammenhängt. Bei Island ist eine neue atlantische Zyklone eingelangt (heißer Druud unter 780 Millimeter), die in England bereits Regenfälle gebracht hat. Unsere Witterung wird aber zunächst nicht davon beeinflusst. Wir bleiben voraussichtlich noch im Bereiche des kontinentalen Hochdruckgebietes. — Wetterausichten für Samstag: Zunächst noch vorwiegend trocken, heiter und etwas wärmer, später zunehmende Bewölkung.

Badischer Teil

Aus der Denkschrift über das Schluchseewerk

Aus der Denkschrift des Finanzministeriums über das Schluchseewerk geht hervor, daß die Verhandlungen über die Gründung der Schluchseewerk-Aktiengesellschaft unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Mit dem Bau soll noch in diesem Jahre begonnen werden, damit der Betrieb gleichzeitig mit demjenigen des Kraftwerkes Rhyburg-Schwarzbach Ende des Jahres 1930 eröffnet werden kann.

Eine Änderung des Projekts gegenüber dem Stande vom Mai 1926 ist insofern eingetreten, als die Anlage nunmehr auf 100 000 (statt 90 000) Kilowatt ausgebaut und die Zahl der Maschinensätze erhöht werden soll. Die Baukosten sind infolge des stärkeren Ausbaues und der gestiegenen Preise und Löhne auf 43,3 (ursprünglich 34,1) Millionen Reichsmark zu schätzen. Es handelt sich um ein reines Speicherwerk, das nur zeitweilig im Jahre in Betrieb sein wird.

Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft hat dazu geführt, den Weg der Vorkriegszeit zu verlassen und zur Bildung einer Aktiengesellschaft zu schreiten. Der Aufbau dieser Aktiengesellschaft ist in der Weise gedacht, daß nur Stromselbstverbraucher oder Stromverteiler Aktionäre werden können. Die Gesellschafter beziehen den Strom zu Selbstkosten, nehmen aber der Gesellschaft das Risiko, die Produktion etwa nicht vollständig absetzen zu können. Bei diesem Aufbau fehlt der Gesellschaft der spekulative Charakter. Sie ist in ihrem Wesen weiter nichts als eine Bau- und Betriebsgemeinschaft der Gesellschafter, deren Interesse sich gleichmäßig auf eine sichere, dauernde und billige Belieferung mit elektrischer Arbeit beschränkt.

Bei dem großen Interesse, das Baden an einer baldigen Elektrifizierung der Baden durchquerenden Reichsbahn hat, erschien vor allem die Beteiligung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erwünscht. Leider haben sich die Ausichten dafür, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft die zur Durchführung ihrer Elektrifizierungspläne erforderlichen Kapitalien in absehbarer Zeit beschaffen könne, in der letzten Zeit derart verschlechtert, daß sie genötigt ist, diese Projekte und damit auch die Beteiligung am Ausbau der badischen Wasserkräfte trotz der von ihr anerkannten Wirtschaftlichkeit dieser Kräfte, insbesondere des Schluchseewerks, auf unbestimmte Zeit zurückzustellen. Das schließt naturgemäß nicht aus, daß mit der Reichsbahn zu gegebener Zeit neue Verhandlungen, wenn auch zum Teil auf anderer Grundlage (z. B. in Verbindung mit dem zweiten Ausbau des Schluchseewerks und dem Bau weiterer Rheinkraftwerke) wieder aufgenommen werden können.

Ein Hauptvorteil des Schluchseewerks besteht in der Möglichkeit des Zusammenarbeitens mit den Oberheimwerken. Gleichzeitig mit der Schluchseewerk-A.G. soll eine Rheinkraftwerk-Abbruch-Dogern A.G. gegründet werden. Der badische Anteil an diesem Grenzgefälle beträgt 46 Proz., der schweizerische Anteil 54 Proz.; es soll auf eine Höchstleistung von 60 000 Kilowatt ausgebaut werden. Die Baukosten sind auf etwa 42 Millionen Reichsmark geschätzt.

Für eine Beteiligung am Schluchseewerk interessieren sich außer den Genannten in Baden noch die Städte Freiburg und Karlsruhe; es kommen noch weitere württembergische Elektrizitätsgesellschaften in Frage. Es ist in Aussicht genommen, daß die etwa 14—15 Millionen Reichsmark des Aktienkapitals sich später in folgenden Hundertteilen auf die Gesellschafter verteilen sollen: Badenwert 26 Proz., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Essen (R.W.E.) 26 Proz., württembergische Gruppe 26 Proz., sonstige badische Interessenten (Kraftwerke Rheinfelden und Rausenburg, sowie die Städte Freiburg und Karlsruhe) 22 Proz.

Vorbehaltlich der späteren Verteilung der Aktien nach diesem Plan haben sich die Organe des Badenwerkes und des R.W.E. entschlossen, ihrerseits die Gründung, soweit erforderlich, mit je 50 Proz. Beteiligung unter der Bedingung bzw. erst dann vorzunehmen, wenn die württembergische Gruppe auf jeden Fall einen Lieferungsvertrag über den Bezug von 26 Proz. der Produktion des Schluchseewerks auf längere Zeit abschließt.

Von sonstigen wesentlichen Bestimmungen der abzuschließenden Verträge sei erwähnt, daß die genannten Aktionäre sich verpflichten, ihre Aktien nur mit gegenseitiger Zustimmung zu veräußern und sich der Lieferung von elektrischer Arbeit in das Abgabebiet eines der anderen ohne Verständigung mit diesem zu enthalten. Das Badenwerk soll den Vorsitzenden des Aufsichtsrats stellen.

Die Denkschrift faßt zum Schluß die Vorteile, die dem Lande beim Zustandekommen des soeben geschilderten Vertragswerkes erwachsen, wie folgt zusammen:

1. Es wird die für die allgemeine Elektrizitätsversorgung des Landes weitere erforderliche elektrische Arbeit preiswert beschafft, und zwar im Lande selbst;
2. es wird für die nächsten Jahre im großen Umfang Arbeitsgelegenheit für Industrie, Gewerbe und Arbeiterschaft geboten;
3. es werden im Lande erhebliche Kapitalien (etwa 80 Millionen Reichsmark) in Werten festgelegt, was den Ertrag der Vermögens- und Realsteuern gütlich beeinflusst. Außerdem haben die Gesellschafter Körperschaftsteuern zu entrichten;
4. der Staatskasse fällt das Entgelt für die Verleihung der Wassernutzungsrechte (§ 43 des badischen Wassergesetzes) bezügl. des Kraftwerkes Abbruch-Dogern, den beteiligten Gemeinden dasjenige bezügl. des Schluchseewerks zu. Der Staat wird ferner die Kapitalien erhalten, welche die Gesellschafter für Abfassung des Betriebes nach 88 Jahren zu zahlen haben;
5. dem Badenwerk werden seine Anwendungen für das Projekt, vorläufige Bauarbeiten und Grundstücksverläufe für das Schluchseewerk in Höhe von rund 2 Millionen Reichsmark ersetzt.

Warnung vor einem reisenden Gimmick- und Darlehensbetrüger

Zur Zeit bereist ein Betrüger das ganze Reich, der sich bei Privaten fälschlich als Gerichtsassessor oder Reg.-Rat Dennis, Gennung, Hanke, Gente usw. einmietet. Er versteht es, unter der Angabe, sein Bruder läme in den nächsten Tagen zu Besuch, und diesem wolle er, weil er Geburtstag habe, ein Geschenk machen, zu dem ihm aber das nötige Geld fehle, von seinen Logisgebern Darlehen zu erschwandeln. Bei Auftauchen des Schwindlers bittet das Landespolizeiamt Karlsruhe, die Polizei zu verständigen.

D3. Baden-Baden, 7. Sept. Dieser Tage wurde hier der 75 000. Kurgast in diesem Jahr registriert. Es war ein Herr aus New York, dem von der Kurdirektion eine Erinnerungsgabe überreicht wurde.

D3. Reichenheim (Amt Lahr i. B.), 7. Sept. Ein Schadenfeuer, dessen Ursache noch nicht mit Sicherheit festgestellt worden ist, legte gestern nachmittag Scheuer und Stallung des Schlossers und Landwirts W. Kern und Wohnhaus und Ökonomiegebäude des Altkraftwebers E. Reich in Wilsch. Der Gesamtschaden beträgt zirka 15 000 M.

W.B. Freiburg i. Br. 7. Sept. In Freiburg-Bittenweiser, wo sie sich nach ihrer Ausweisung aus dem Hof niedergelassen hat, kann heute Fel. Dr. Mathilde Theissen, die erste und älteste Ärztin Europas, ihren 90. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische begehen. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 hatte sie sich dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. Sie wurde bei dem Auffuchen von Verwundeten auf den Schlachtfeldern zweimal verwundet. Die Stadtverwaltung hat der Seniorin der Ärzteschaft ein Ehrengeschenk überreichen lassen.

Dr. Stetten a. N., 5. Sept. Hauptmann a. D. Köhl, der einer Veranstaltung des Württembergischen Luftfahrerverbandes zwischen Ebingen und Stetten bewohnte, die als Verbefugtag galt, stattete auch dem Kindererholungsheim auf dem Heuberg einen Besuch ab. 2500 Kinder bereiteten dem Fliegerhelden einen herzlichen Empfang.

Verschiedenes

Absturz eines Verkehrsflugzeuges

Am Donnerstag mittag verunglückte das planmäßige Flugzeug der Strecke Erfurt-München „D 180“ zwischen Bamberg und Nürnberg. Hierbei kamen der Flugzeugführer Zander und die beiden Passagiere ums Leben. Das Flugzeug war ein Koffer-Eindecker. Die drei Insassen sind bei dem Absturz sofort getötet worden. Die Passagiere sind der Fabrikant Haug aus Ebingen i. B. und der Student Weidner aus München. Major Zander war im Kriege zuletzt Kommandeur eines Jagdgeschwaders. Nach seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst war er in Schleißheim bei München Leiter der dortigen Verkehrsfliegerschule. Über die Ursache des Unglücks teilt die Luftkassa mit: Das Flugzeug erlitt einen Turbopumpenbruch, der Propeller löste sich und flog unglücklichweise gegen das Tragwerk, welches zerstört wurde.

Refordflug Karachi-London

Der englische Kapitän Barnard, der die Strecke Karachi-Eroden in fünf Tagen zurückgelegt und damit einen neuen Rekord aufgestellt hat, landete am Donnerstagabend auf dem Flugplatz Eroden. Er startete in Karachi am Sonntagmorgen und flog am selben Tage nach Buschir am Persischen Golf. Am Montag und Dienstag ging es in gerader Richtung über die Wüste hinweg nach Aleppo. Am Mittwoch landete er in Sofia, von wo die 1400 Meilen lange Strecke bis London am Donnerstag ohne Zwischenlandung zurückgelegt wurde. Das von Barnard benutzte Flugzeug ist holländischer Konstruktion mit einem englischen Bristol-Jupiter-Motor von 500 PS.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 8. September bis 18. September 1928

a) Im Landestheater:

Samstag, 8. Sept. * A 1. Th.-Gem. 1-100. Zum erstenmal: **Der Londoner verlorene Sohn.** Schauspiel von Shakespeare. 19½ bis 22¼ (5 M).

Sonntag, 9. Sept. * B 1. Th.-Gem. 101-200. Neueinführung: **Armida.** Große Oper von Gluck. 19½ bis nach 22¼ (8 M).

Montag, 10. Sept. Keine Vorstellung.

Dienstag, 11. Sept. * C 1. Th.-Gem. 201-300. **Schinderhannes.** Schauspiel von Carl Zuckmayer. 19½ bis gegen 22¼ (5 M).

Mittwoch, 12. Sept. * E 1. Th.-Gem. 301-400. Die heilige **Ente.** Oper von Gál. 20 bis 22¼ (7 M).

Donnerstag, 13. Sept. * D 1 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte). **Kallutta, 4. Mai.** Schauspiel von Feuchtwanger. 20 bis nach 22¼ (5 M).

Freitag, 14. Sept. * F 1 (Freitagniete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Der Londoner verlorene Sohn.** Schauspiel von Shakespeare. 19½ bis 22¼ (5 M).

Samstag, 15. Sept. * G 1. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Juni 100. Geburtstag von Leo Tolstoi: **Neueinführung: Und das Licht scheint in der Finsternis.** Drama von Tolstoi. 20 bis 22 (5 M).

Sonntag, 16. Sept. * A 2. Th.-Gem. 401-500. Neueinführung: **Hoffmanns Erzählungen.** Fantastische Oper von Offenbach. 19½ bis nach 22 (8 M).

Montag, 17. Sept. Keine Vorstellung.

Dienstag, 18. Sept. * B 2. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). **Der Londoner verlorene Sohn.** Schauspiel von Shakespeare. 19½ bis 22¼ (5 M).

b) Auswärtige Gastspiele:

Freitag, 14. Sept. In Singen: **Fidelio** von Beethoven.

Samstag, 15. Sept. In Singen: **Fidelio** von Beethoven.

Umtausch für Inhaber von Modestem Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Neuanmeldungen für Blahmiete, Blahsicherung und Blahhelfe bei der Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters. Tel. 6288.

Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Badstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. - Zigarettenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Bergplatz 48, Tel. 503.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus

Samstag d. 8. u. Montag d. 10. Sept. jeweils 20,15 Uhr

Sonntag d. 9. Sept. 16 u. 20,15 Uhr

Nur drei Tage 379

„Die Jungferreise der Cap Arcona“

Eine Reise in 6 Kapiteln mit ein in der neuesten und schönsten deutschen Schnellampfer nach Südamerika. Musikbegleitung. Preise u. Ermäßigungen wie üblich. Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.

Bei der Öffentlichen Sparkasse Freiburg im Breisgau (Stadt Sparkasse) sind die neu geschaffenen Stellen von

drei Finanzobersekretären

abzublenden. (Gruppe VII der Besoldungsordnung der Stadt Freiburg mit Aufzählungsmöglichkeit nach Gruppe VIII).

Die Anstellung erfolgt vorerst auf Probierdienstvertrag im Angestelltenverhältnis. Die Umwandlung in planmäßige Beamtenstellen ist vorgesehen und wird die hierzu erforderliche Genehmigung bei nächster Gelegenheit eingeholt.

Im Sparkassen- oder Gemeinerechnungsweisen erfahrene Bewerber, welche ihre Befähigung durch die erforderte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst bei der badischen Staatsverwaltung oder bei einer Stadtverwaltung nachweisen können, wollen ihre Gesuche bis **20. September 1928** anher einreichen.

Den Gesuchen sind anzuschließen:

Ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, der Nachweis der abgelegten Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in beglaubigten Abschriften und ein auf Grund eines Strafregisterauszuges ausgestelltes Leumundzeugnis. Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor der Anstellung einer Untersuchung durch das Städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.

Persönliche Vorstellung nur auf Einladung erwünscht.

Freiburg i. Br. den 27. August 1928.

Öffentliche Sparkasse Freiburg i. Br. (Städtische Sparkasse).

Die Stelle des

Bürgermeisters

in der Amtsstadt Engen ist neu zu besetzen. Besoldung nach Gruppe 3a der bad. Besoldungsordnung. Bewerbungen sind bis **Samstag, den 15. d. M.,** an den Gemeinderat zu richten. § 881 Engen, den 5. September 1928.

Der Gemeinderat:

F. B. S. Kaltenbach.

Holzanzleihe.

In der Zeit vom 1. Sept. 1927 bis 31. August 1928 wurden aus den Waldungen der Stadt Baden-Baden 4.474,32 fm Nadelstammholz III. Klasse mit einem Erlös von 146.692,21 M. verkauft. Der durchschnittliche Erlös je fm beträgt 32,78 M. § 883

Demgemäß wird der 6%ige Zins für den festmeter Baden-Badener Holzanzleihe von 1923 auf 1,96 M. festgesetzt.

Nach Abzug der Kapitalertragssteuer werden demgemäß die auf 1. Oktober 1928 fällig werdenden Zinscheine Nr. 5

lit. A über 5 fm mit	8,80 M
" B " 2 " "	3,52 "
" C " 1 " "	1,76 "
" D " 1/2 " "	0,88 "
" E " 1/4 " "	0,44 "

bei den bekannten Zahlstellen eingelöst. Die Tilgung für 1928 ist durch freihändigen Rückkauf von Stücken erfolgt.

Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden.

Sohlenmarkt-Lotterie Kastatt

Ziehungsliste

Bei der heute stattgehabten, vor dem Notariat vorgenommenen Losziehung sind die nachfolgenden Gewinne auf die beigegebenen Losnummern entfallen:

Losnummer	Gewinnnummer	Gegenstand	Losnummer	Gewinnnummer	Gegenstand
21	89	Armlorb	6046	114	Eimer
177	96	Haarbesen	6072	10	Fohlen
208	67	Wäschseif	6115	81	Stallbesen und Wagenfett
242	45	elektrische Stehlampe	6217	101	Ruhfette
248	84	Haarbesen	6272	119	Dunggabel
407	13	Fohlen	6342	103	Haut
537	11	Fohlen	6375	26	Gasherd mit Tisch
583	91	Sturmlaterne	6385	95	Haarbesen
671	76	Fußmatte	6565	79	Wiedmühle
1399	47	Wessingpfanne	6688	92	Handsäge
1474	105	Haumesser (Häbe)	6745	9	Fohlen
1478	59	Bederuhr	6885	46	Einkochapparat „Mer“
1514	32	Küchenwaage	6894	93	Reißche und Bürste
1529	115	Reißche	6935	94	Holzrechen und Besen
1670	54	Zintengeschirr	6987	100	Baum säge
1888	118	Stallbesen	7095	40	verzinkte Wanne
1921	8	Fohlen	7128	72	Spaten
2055	51	1/2 Dugend Eßbesteck	7170	58	Zintengeschirr
2165	97	Handsäge	7231	37	Stallhalfter
2229	41	Reißeloffen	7279	23	Damenfahrrad
2482	33	Windjade	7313	22	Herrenfahrrad
2492	38	Ennaitpfanne	7374	116	Reißche
2496	25	Flug	7746	99	Hammer und Reißzange
2750	1	Fohlen	7565	85	Rudfaß
3011	12	Fohlen	7799	113	Wäschseif
3124	104	eiserner Rechen	7816	69	Tränkfüssel
3274	5	Fohlen	7854	117	Fußstraher
3330	20	Bargevinn 150 M	8065	43	Korbseif
3368	111	Schaukel	8112	29	elektrische Lüfterlampe
3409	28	gepolsterter Rohrstuhl	8188	60	Wessingpfanne
3496	155	Wessingpfanne	8209	56	Rohrstuhl
3757	52	Wäschkorb	8258	86	Haarbesen
3782	18	150 M Bargevinn	8262	4	Fohlen
3888	109	Beil	8341	90	Sturmlaterne
4032	87	Gießpfanne	8382	35	wasserbichte Pferdebede
4052	98	Marthney und Wäschseif	8420	16	Bargevinn 200 M
4141	106	Leppichlopfen und Besen	8451	77	Fußmatte
4307	14	Fohlen	8466	42	elektrisches Bügeleisen
4343	70	Rudfaß	8550	6	Fohlen
4354	31	Staubuhr	8606	80	Krauthobel
4762	2	Fohlen	8686	57	Holzstuhl
5102	30	Egge	8713	34	Ofen
5217	108	Reißchere	8822	64	Spazierstock
5244	75	Kartoffelschaufel	8839	48	Fleischhackmaschine
5285	36	1 Satz Aluminiumtöpfe	8903	71	Kri
5341	62	Tranchierbesteck	8941	68	Senje
5392	50	Schirmständer	9046	49	verzinkte Wanne
5420	102	Haut	9102	21	Pferdegeschirr
5557	44	kupferne Bettflache	9125	7	Fohlen
5572	24	Reißeloffen mit Kupferseif	9252	110	Beil
5646	107	Wäschseif	9347	78	Gießpfanne
5739	112	Striegel und Bürste	9354	17	Bargevinn 200 M
5800	61	Affenmappe	9377	63	Foder
5805	15	Fohlen	9384	53	verzinkte Wanne
5809	88	Gießpfanne	9413	82	Dungschaf und Stallbesen
5836	27	Wanduhr	9526	39	Reißeloffen
5840	66	verzinkte Wanne	9626	3	Fohlen
5888	19	Bargevinn 150 M	9644	120	Dunggreife
5956	74	Tränkfüssel	9666	73	Wäschkorb
6010	65	Bederuhr	9953	83	Baum säge und Reißchere

Die Gewinne stehen von heute an auf Rechnung und Gefahr des Gewinners und hat derselbe für Fütterung und Pflege der Fohlen für die Gewinne 1-15 1,50 M pro Tag zu entrichten.

Kastatt, den 4. September 1928.

Der Oberbürgermeister:

J. B. Gößmann.

877

Aufblühende Landgemeinde Oberbadens sucht für sofort einen in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung durchaus bewanderten, selbständig arbeitenden

Kasschreibergehilfen.

Junge, intelligente Kraft, welche eine Lehrzeit im Gemeindeverwaltungsdienst durchgemacht hat, wird bevorzugt.

Bei guter Dienstleistung wahrscheinlich Dauerstellung. Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen **sofort** an den Gemeinderat Abdruck erbeten.

Bezirksverein für Jugendchutz und Gefangenenerziehung Karlsruhe.

Mitgliederversammlung:

Freitag, den 14. September 1928, vorm. 11 Uhr, Landgericht, Zimmer 212. Tagesordnung: Statutenänderung, Vorstandswahl.

Der Vorsitzende:

J. B. Aram.

Druck G. Braun, Karlsruhe



Einzig ab Fabrik an Privats! Besondere Teilzahlung! Reichhaltige Auswahl! Mercedes-Benz Korbmöbel.



Badisches Landestheater

Samstag, 8. September

* A 1. Th.-Gem. 1-100

Zum erstenmal

Der Londoner verlorene Sohn

Schauspiel von Shakespeare

Anfang 19½, Ende 22¼, Preise A (0,70-5,00 M)

So. 9. Sept. neueinst. Armida.

Di. 12. Sept., Schinderhannes.

Do. 13. Sept. Kallutta, 4. Mai.

Fr. 14. Sept., Der Londoner verlorene Sohn.

Sa. 15. Sept. neueinstudiert: Und das Licht scheint in der Finsternis.

So. 16. Sept., neueinstudiert: Hoffmanns Erzählungen.

Di. 18. Sept., Der Londoner verlorene Sohn.

Berliner Neubach-

REVUE

Ohne Kleid - tut mir leid!

30 Bilder

Frachtausstattung.

866